M ü n d l i c h e A n f r a g e 6 0 8 9

Programmierung des Europäischen Sozialfonds in Thüringen für die Förderperiode 2014 bis 2020

Auszug aus dem Plenarprotokoll 5/119; S. 11392 – 11394

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Programmierung des Europäischen Sozialfonds in Thüringen für die Förderperiode 2014 bis 2020

In der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020 wird der Europäische Sozialfonds (ESF) eine zentrale Rolle bei der Förderung von Beschäftigung, Bildung und sozialer Integration spielen. Angesichts des bis 2020 deutlich schrumpfenden Landeshaushalts einerseits sowie Auswirkungen des demografischen und soziokulturellen Wandels andererseits werden die ESF-Mittel sehr wahrscheinlich zukünftig noch wichtiger werden als in der Vergangenheit. Eine sorgfältige Planung unter aktiver Einbindung des Parlaments und der Wirtschafts- und Sozialpartner ist deshalb unbedingt erforderlich, um mit begrenzten Mitteln optimale Ergebnisse zu erzielen. Die ESF-Verwaltungsbehörde im Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie ist derzeit dabei, den Programmentwurf zum Einsatz der Mittel aus dem ESF für die Förderperiode 2014 bis 2020 im Detail zu planen. Im Begleitausschuss ESF/ Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) am 21. März 2013 wurde angekündigt, dass der Entwurf des Thüringer Operationellen Programms bis zur Sommerpause vorliegen wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird der Entwurf des Operationellen Programms so rechtzeitig vorliegen, dass sich das Parlament noch vor der Sommerpause (letzte Ausschuss-Sitzungen in der 27. Kalenderwoche, letztes Plenum in der 28. Kalenderwoche) ausführlich damit auseinandersetzen kann?
2. Wie beabsichtigt die Verwaltungsbehörde, die Wirtschafts- und Sozialpartner und die Vertreter der
4. Wie wird angesichts der gravierenden Probleme im ländlichen Raum (Stichwort: demografischer Wandel) eine enge Verzahnung mit dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gewährleistet?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Herr Staatssekretär Staschewski, bitte.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten zahlreich erschienenen Damen und Herren Abgeordneten, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Meyer für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Wesentliche Grundlagen der Programmplanung wie die Festlegung der finanziellen Mittel sowie endgültige Verordnungstexte seitens der EU liegen nach wie vor nicht vor. Das ist ja unser Problem. Daher haben wir uns auch als Landesregierung darauf verständigt, die vorliegenden strategischen Überlegungen zur Programmplanung vor der Sommerpause noch in den jeweils zuständigen Ausschüssen des Landtags vorzutragen, so-

weit uns eben die Sachen vorliegen.

Zu Frage 2: Die bisherigen Gespräche und Beratungen mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern werden fortgeführt. Im Anschluss an die Onlineumfrage, die sich vorrangig an Vertreter der Zivilgesellschaft richtete, wurden die Ergebnisse veröffentlicht. Regelmäßiges Informieren erfolgt darüber hinaus im Rahmen der Publikationen „WIR“ und „Gute Arbeit“.

Zu Frage 3: Da möchte ich erst mal betonen, dass die inhaltliche Schwerpunktsetzung nicht durch die Verwaltungsbehörde ESF erfolgt, durch diese erfolgt ja nur die Koordinierung. Die Schwerpunktsetzung ist das Ergebnis umfassender und intensiver Abstimmungsprozesse mit den Ressorts der Thüringer Landesregierung, den Wirtschafts-, Sozialpartnern und anderen Partnern. Die Schwerpunktsetzung spiegelt sich in der Auswahl der Investitionsprioritäten auf Grundlage des Entwurfs der ESF-Verordnung wider.

Es handelt sich hierbei um die folgenden Investitionsprioritäten:

- Selbstständigkeit, Unternehmertum, Existenzgründungen,
- Anpassung der Arbeitskräfte, Unternehmen, Unternehmerwandel,
- aktive Eingliederung,
- auf örtlicher Ebene betriebene Strategie für lokale Entwicklung,
- Verringerung der Zahl der Schulabbrecher,
- Förderung des Zugangs zu einer hochwertigen Früherziehung und einer hochwertigen Grund- und Sekundarbildung sowie last, but not least

- Förderung des Zugangs zum lebenslangen Lernen, Steigerung der Fähigkeiten und Kompetenzen der Arbeitskräfte sowie Erhöhung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Zu Frage 4: Zum einen ist die Verwaltungsbehörde der ESF in einem stetigen Austausch mit der Verwaltungsbehörde des ELER. Die Verwaltungsbehörde ELER ist vertreten in der IMAG des ESF/EFRE. Zum anderen nimmt auch die Verwaltungsbehörde ESF an Workshops mit dem Partner des ELER teil. Dadurch wird die Koordinierung gewährleistet, weil wir auch Doppelförderungen verhindern wollen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die Ausführungen. Ich hätte zwei Nachfragen. Die erste bezieht sich auf die Spielräume, die Sie sehen zu den Veränderungen des Operationellen Programms nach der Veröffentlichung des Entwurfs. Welche sind dort noch möglich? Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage wäre: Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu der von der Kommission vorgeschlagenen Ausweitung des LEADER-Prinzips auf ESF und EFRE?

Staschewski, Staatssekretär:

Das Zweite habe ich jetzt rein akustisch nicht verstanden.

Staschewski, Staatssekretär:

Zur ersten Frage: Es ist ein Prozess. Ich weiß jetzt nicht, was Sie unter Spielraum verstehen. Es gibt einen Entwurf und dann wird weiterdiskutiert, aber es sind dann Grundlagen schon festgelegt. Aber das ist jetzt nicht in Beton gegossen. Der Prozess geht dann auch weiter. Wir können da schon eine gewisse Koordinierung vornehmen.

Zur zweiten Frage: Wir werden hier durchaus die Vorstellungen insgesamt in der Regierung - ich habe noch mal zu dem Kollegen, der für ELER zuständig ist, hingeschaut, er hat auch genickt - unterstützen. Wir werden uns nicht dagegenstellen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Dr. Augsten.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär, am 29.04. fand in Ihrem Haus eine EFRE-Auswertungsrunde statt zu dem Konstellationsprozess im Internet - eine sehr gute Veranstaltung. WISO-Partner oder Wirtschafts-/Sozialpartner waren eingeladen. Da ist unter anderem bekannt geworden, dass eine Woche vorher eine ESF-Beratung nicht unter Einbeziehung der Wirtschafts-/Sozialpartner stattgefunden hat. Ein Ergebnis dieser ESF-Beratung soll gewesen sein - ich frage nach, ob das stimmt -, dass man den Bereich „Lebenslanges Lernen - Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aus dem ESF herausnehmen möchte, in den EFRE hineintun soll. Das ist ein Hinweis der Evaluatoren. Können Sie das bestätigen? Wie ist der Stand der Diskussion?

Staschewski, Staatssekretär:

Das wird gerade noch diskutiert. Das kann ich bestätigen. Da gibt es solche Ideen, dass man da etwas umschichten kann. Es wird aber auch immer wieder darum gehen: 1. Um was geht es da genau? Wenn es zum Beispiel um Investitionen geht, um klassische in dem Bereich, dann muss man eher auf EFRE-Programme zurückgreifen als auf ESF. Aber wir sind insofern da wirklich in einem Diskussionsprozess, weil wir noch nicht einmal genau die Aufteilung wissen. Wir wissen weder die Höhe der Gelder, noch kennen wir die genaue Aufteilung. Es wird so zwischen 30 und 35 Prozent ESF sein im Verhältnis zum EFRE, aber wir wissen es noch nicht hundertprozentig. Wir wissen auch noch nicht die genauen Summen. Insofern ist jetzt alles Spekulation, wenn wir sagen, wie soll das dann künftig ausschauen, weil man braucht erst einmal die festen Rahmenbedingungen. Das ist eine Option, die da andiskutiert wurde, aber noch nicht abschließend gehandelt wurde.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Augsten.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Noch mal darauf zurückkommend: Es gibt natürlich bei den Trägern, die diese Maßnahmen in den letzten sechs oder sieben Jahren durchgeführt haben, die Befürchtung, dass sich die Landesregierung insgesamt von der Idee oder von dem Programm verabschiedet. Wenn ich Sie richtig verstehe, man steht als Landesregierung dazu, sagt, es gibt aber auch gute Gründe, das aus dem ESF herauszulö-

sen in EFRE und wird möglicherweise in gleichen oder höheren - das müssen Sie nicht versprechen - Beiträgen diese Initiative unterstützen.

Staschewski, Staatssekretär:

Es gibt Argumente, die dafür sprechen, und wir müssen jetzt prüfen, was da möglich ist.